

# Anlage 8 – Haushalt 2013

Herr Bürgermeister, meine lieben Ratskolleginnen und Kollegen,

wie jedes Jahr droht am Ende des Jahres der Haushaltsplan für das folgende Jahr.

Das Hauptproblem ist wie immer, dass die Ausgaben viel zu hoch sind, um sie durch die gegebenen Einnahmen decken zu können. Aber dabei muss sehr genau unterschieden werden, um was für Ausgaben es sich handelt.

Längst ist nicht alles so Gott, wie die Verwaltung uns gerne weiß machen will. Denn ein nicht unwesentlicher Teil der Kosten sind schlicht die politischen Fehler der Vergangenheit, deren Kosten uns heute auffressen.

Zunächst einmal zu den von uns wirklich kaum zu beeinflussenden Kosten, wie der Kreisumlage. Ja - sie ist ein Kostenfaktor! Für Kommunen scheinbar nicht zu beeinflussen, aber enorm belastend. An dieser Stelle seien aber zwei Dinge gesagt:

1. Der Kreis hat in harten Sparrunden, denn durch einen externen Berater wurde, jede Aufgabe auf den Prüfstand gestellt, ein Sparvolumen von mehreren Millionen realisiert. Und dabei alles auf den Prüfstand gestellt, etwas das in Kamen noch lange nicht passiert ist.
2. hat darüber hinaus die Bundesregierung den Kommunen durch die schrittweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter, eine Entlastung verschafft. Alleine im Kreis Unna sind dies 16 Millionen für das Jahr 2013, wo die Kreisumlage also läge, ohne diese Entscheidung durch die Regierung möge sich jeder selbst ausrechnen.

Kreis und Kommunen betonen immer wieder, dass sie eine kommunale Familie seien. Es wäre wünschenswert, wenn sich also die Kommunalpolitiker auch als Teil eines Ganzen betrachten würden und nicht nur den eigenen Kirchturm, respektive den eigenen Haushalt sehen würden. Genau der Eindruck wird aber manchmal vermittelt, wenn die Ortsfraktionen unter den Belastungen des Kreises ächzen, aber offensichtlich nicht mit ihren Kollegen anderer Ebenen sprechen. Anders kann ich mir jedenfalls nicht erklären, warum einzelne Fraktionen auf Kreisebene und auch in der Landschaftsversammlung mit immer neuen Ideen, die eine Aufgabenausweitung bedeuten, die Diskussionen bestimmen.

Kommen wir nun zu den Ausgaben, die mittlerweile für uns auch pflichtig geworden sind, weil sie vertraglich hinterlegt sind. Im **eigentlichen Kern** aber Ausgaben, die

Kommunalpolitiker selbst geschaffen haben, durch politische Fehlentscheidungen der Vergangenheit. Wie jedes Jahr steht auch dieses Jahr deshalb die Stadthalle in der Kritik.

Es ist nicht so, als trüge ich wirklich die Hoffnung, sie wenigstens mit einer schwarzen Null betreiben zu können, aber wenigstens will ich als Kommunalpolitikerin das Gefühl haben, dass der Versuch unternommen wird das Defizit zu reduzieren. Stattdessen wird schulterzuckend Jahr für Jahr das Defizit übernommen.

Und Herr Bürgermeister, sollten sie mir an dieser Stelle wieder sagen, ich solle Vorschläge zur Sanierung bringen, kann ich nur antworten: nein, das ist nicht meine Aufgabe! Ich bin nicht Geschäftsführer der KGB. Aber WENN ich das wäre, dann wäre es auch meine Pflicht und Schuldigkeit kreative Ansätze zu haben, und das Defizit zu reduzieren.

Und dass trotz strukturell defizitärer Unternehmen eine Verbesserung möglich ist, zeigt uns die VKU. Auch deren Defizit wurde mit dem Argument ‚*ÖPNV ist eben nicht kostendeckend zu machen*‘ ausgeglichen, aber unter dem neuen Geschäftsführer hat sich das Defizit dieses Jahr um eine Million reduziert, was übrigens mit dazu führt, dass der Hebesatz der Kreisumlage nicht steigt. Es gibt kaum ein besseres Beispiel als die Stadthalle, um zu sehen, wie sich politische Fehlentscheidungen, meist angereizt durch Förderung anderer Ebenen, sich als Bumerang für die Zukunft erweisen. Wenn jetzt wenigstens daraus die Erkenntnis resultieren würde, wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, dann hätten diese Fehler ja wenigstens einen pädagogischen Wert gehabt. Stattdessen habe ich das Gefühl es gibt in der SPD ein fröhliches weiter so! Gestern haben wir den Tag des Ehrenamtes gefeiert und die Bekundungen über alle Parteien hinweg, dass das Ehrenamt eine wichtige Säule unserer Gesellschaft sei, war zu hören. Sobald es aber darum geht ehrenamtliche Strukturen zu unterstützen und zu nutzen kommt die Kehrtwende. Oder wie sonst soll man sich den SPD-Antrag im JHA erklären, die Möglichkeit einer Einrichtung eines Familienbüros in der Verwaltung zu prüfen? Nur eine Sitzung vorher hat die Familienbande, als freier Träger, eine ebensolche Einrichtung vorgestellt! Mal davon abgesehen, dass diese Einrichtung näher an den Familien ist, als es das Jugendamt je sein wird und deshalb auch fachlich die Einrichtung eines Familienbüros bei einem freien Träger sinnvoll wäre, wäre es dauerhaft auch günstiger. Stattdessen sagt Herr Brüggemann, wenn schon wünsche er eine Angliederung an das Jugendamt, das entspräche schon seinem Selbstverständnis. Jetzt gibt es Fördermittel durch das BKiSchG, aber schon heute ist bekannt, dass diese Mittel in 2015 sinken. Und wenn wir darüber hinaus, wie es aus der Verwaltung zu hören war, noch eine

Familienhebamme in Kamen verorten wollen, um gezielte präventive Hilfe zu leisten, ist heute schon klar, dass wir an dieser Stelle Ausgaben schaffen, die morgen nicht mehr abzuschaffen sind, weil sie mit Personal hinterlegt sind und politisch unangreifbar werden. Wobei ich es natürlich außerordentlich begrüße, dass wir früheste Hilfe durch eine Familienhebamme leisten wollen, schließlich habe ich diesen Antrag schon zum Haushalt 2010 gestellt.

Diese Vorgehensweise ist das Gegenteil der oft über Parteigrenzen hinweg geforderten Aufgabenkritik. Denn Aufgabenkritik heißt nicht nur immer wieder zu überprüfen, ob die erledigten Aufgaben wirklich originär in eine Verwaltung gehören, oder auch privat organisierbar sind, sondern vor allem auch die Übernahme von Aufgaben durch die öffentliche Hand, die besser durch freie Träger ausgeübt werden zu vermeiden. Und wie fruchtbar das Einbringen privater Strukturen wie zum Beispiel auch der Kamener Unternehmen sein kann, zeigt sich zur Zeit in der Winterwelt, ein solches Projekt wäre für den Kamener Haushalt absolut nicht stemmbar und wie es sich zeigt, ist es eben auch nicht nötig.

Habe ich mich bis jetzt maßgeblich bei den Aufwendungen aufgehalten muss auch noch ein Wort zu den Einnahmen gesagt werden. Erfreulicherweise befinden wir uns, trotz europäischer Wirtschaftskrise, in Deutschland in einer Wachstumsphase. (Was übrigens zeigt, dass ein wirtschaftlich ungünstiges Umfeld nicht zu einem eigenen Einbruch führen muss.) Die Steuereinnahmen sind auf Rekordhöhe. Und trotz dieser Einnahmen sieht unser, im Frühjahr durch die SPD beschlossenes HSK, die Erhöhung der Grundsteuer B vor. Dies mag die Steuer sein, auf die die Stadt den meisten Einfluss hat, da die Häuser nicht weglaufen können, allerdings nimmt die Belastung für die Wohnkosten auf diese Weise drastisch zu. Wenn dann argumentiert wird die Lebenshaltungskosten stiegen eben, schließlich würde Energie auch stetig teurer, dann ist dies eine Argumentation die entweder von Desinteresse oder Verantwortungslosigkeit geprägt ist. Denn es wird jeder Euro nur einmal verdient und deshalb kann er auch nicht zwei mal ausgegeben werden. Wenn eben die Energiekosten schon steigen, dann kann dasselbe Geld nicht auch noch für eine höhere Grundsteuer benutzt werden. Erfreulich ist an dieser Stelle, dass die Gebührenhaushalte stabil sind, denn wir erreichen mittlerweile einen Wert der Wohnnebenkosten, bei dem das geflügelte Wort der „zweiten Miete“ Realität wird, leider fehlt dann an der Stelle ein zweiter Lohn bei den Menschen, womit dies aufzufangen wäre.

Wir als FDP-Fraktion haben im Frühjahr das HSK abgelehnt, weil es uns zu stark auf Einnahmeverbesserung statt Ausgabenreduzierung basiert und folgerichtig werden wir auch diesen Haushalt, der eingebettet in das HSK diese Linie weiterverfolgt nicht mittragen.